

Länderinfo Mittel- & Osteuropa: Schwerpunkt-Thema Ungarn

Ungarn stemmt sich gegen die Krise

BUDAPEST (owr/gtai)--Die Rezession in Ungarn macht - wegen der sich schwach entwickelnden Einnahmen - weitere Budgetentlastungen nötig, um das Haushaltsdefizit bei der Marke von 3% des BIP zu halten. Die Verbrauchsteuern steigen, und die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber und die Einkommensteuerlast im unteren Bereich sinken. Ab Anfang 2010 soll die Körperschaftsteuer bei 19% liegen.

Der schon gewählte neue Ministerpräsident Gordon Bajnai will den Regelsatz der Mehrwertsteuer Anfang Juli 2009 von 20 auf 25% heraufsetzen und für Grundnahrungsmittel sowie Fernwärmelieferungen zunächst einen

„mittleren“ Steuersatz von voraussichtlich 18% einführen. Auch andere Verbrauchsteuern sollen steigen. Bajnai hat ein überarbeitetes und noch einmal verschärftes Sparprogramm vorgelegt, durch das der Staats-

haushalt bis Ende 2010 insgesamt um annähernd 4,5 Mrd EUR entlastet werden soll.

Die Körperschaftsteuer, die sich derzeit auf 16% zuzüglich einer 4-prozentigen Solidaritätsabgabe beläuft, soll ab Anfang 2010 bei insgesamt 19% liegen; die 4%-Abgabe entfällt.

In der Einkommensteuer soll es für Bezieher kleinerer Einkommen schrittweise zu Erleichterungen kommen, und die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung werden Anfang 2010 deutlich gesenkt, um den Faktor Arbeit insgesamt zu entlasten. Höhere Einkommen sollen stärker belastet werden; die Vorbereitungen für eine Immobiliensteuer gehen weiter.

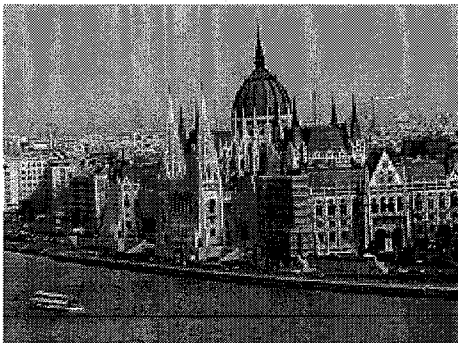
Bajnai will erreichen, dass von 2010 an 90% aller Einkommensteuerzahler zum niedrigeren Steuersatz veranlagt werden: Die hierfür maßgebliche Einkommensgrenze wird angehoben und der Steuersatz gleichzeitig abgesenkt (bislang 18%); das genaue Ausmaß der Ermäßigung ist noch unklar. Geplant sind ferner ein weiterer Abbau der Gaspreissubventionen sowie Renten-, Kinder-, Kranken- und Baugeldkürzungen.

Auch ein Subventionsabbau für die Fernwärmenutzung, den ÖPNV und die Landwirtschaft ist vorgesehen. Im öffentlichen Dienst kommt es zu einem erneuten Einfrieren der Gehälter und zu einem Wegfall von Zulagen.

Das Renteneintrittsalter soll schrittweise von 62 auf 65 Jahre steigen (erst ab 2012). Staatliche Transferzahlungen werden insgesamt stärker auf die Bedürftigkeit abgestellt und die - im Vergleich mit den Nachbarländern -

zum Teil recht großzügigen gesetzlichen Regelungen für den öffentlichen Dienst, Familien und Rentner zurückgeschraubt. Ziel ist es, Ungarn fit nicht nur für einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung nach Ende der Krise, sondern auch - auf „mittlere Sicht“ - für den Euro zu machen, wie Bajnai betont.

Die externe Finanzierungslücke werde dauerhaft gesenkt, und das Land solle wieder am Konvergenzprozess in der EU teilhaben können, heißt es. Zunächst wird die Wirtschaft aber weiterhin im Zeichen der Rezession stehen: Das Bruttoinlandsprodukt dürfte 2010 noch einmal sinken. Für 2012 erwartet die Regierung dann aber wieder eine Konjunkturbelebung von grob geschätzt 4%.



Parlamentsgebäude an der Donau in Budapest.
Foto: Flickr/Adria.